



Übersicht über Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene von SED-Unrecht¹

Erstellt von der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten

Bestehende spezialisierte Hilfsangebote für Betroffene von SED-Unrecht

Im Bereich SED-Unrecht gibt es verschiedene Anlaufstellen für die Beratung von Betroffenen; manche werden staatlich finanziert oder gefördert, manche sind hauptsächlich von ehrenamtlichem Engagement getragen. Die einzelnen Anlaufstellen sind unterschiedlich stark personell ausgestattet und zum Teil auch auf die Unterstützung bestimmter Betroffenengruppen spezialisiert; manche haben ihren Schwerpunkt in der Vernetzung von Betroffenen. Teilweise entstehen und verschwinden neue Initiativen auch recht schnell (siehe zu allen Angeboten ausführlich die Broschüre der Bundesstiftung²). Hinzu kommt, dass die meisten der verstetigten Angebote in den ostdeutschen Bundesländern verortet sind.

An westdeutschen Standorten besteht die Schwierigkeit, dass es nur sehr wenige SED-unrechtsbezogene Anlaufstellen gibt. Besondere Herausforderungen sind daher bei der Vermittlung an wohnortnahe soziale, medizinische und psychologische Hilfen zu erwarten.

Gegenwärtig besteht kein flächendeckendes oder klar bedarfsgerecht ausgerichtetes Beratungsangebot in den westdeutschen Bundesländern; allerdings gibt es in einzelnen Ländern anzusprechende Stellen (s. S. 6f).

Übersicht über Beratungs- und Hilfsangebote, erste mögliche Anlaufstellen³

- a) Beratungen (auch zu Rehabilitierungsverfahren, Anträge auf Beschädigtenversorgung, auf weitere Unterstützungsleitungen):
 - **Sechs Landesbeauftragte zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in den ostdeutschen Bundesländern mit Beratungsangebot**
 - Zuständigkeit: In der Regel ist die Zuständigkeit auf Anwohner des eigenen Bundeslandes oder auf Personen, die auf dem heutigen Landesterritorium zu DDR-Zeiten Repressionen ausgesetzt waren, begrenzt. Dennoch kann das jeweilige Beraterteam auch aus anderen Bundesländern angesprochen werden (und vermittelt ggf. weiter).

¹ Stand 31.10.23, teilaktualisiert am 7.8.25, 17.10.2025 sowie 5.12.25.

² Übersichtspublikation über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR von der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel.: (030) 31 98 95 – 0, 7. überarbeitete Auflage 2020, aktualisiert im Jahr 2025, buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de; <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/publikationen/uebersicht-ueber-beratungsangebote-fuer-opfer-politischer-verfolgung-der-sbzddr>; Podcast zur Geschichte der Beratungsstellen für Diktaturopfer, 2022 von der Bundesstiftung erstellt:

<https://open.spotify.com/playlist/7J76pNpkRi3t2UhtgKNHY8>

³ Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellt lediglich eine Auswahl dar.

- **Angebot:** Die Beraterteams in den Bundesländern bieten Einzelfallberatung an, sie informieren und unterstützen (z. T. auch juristisch) bei allen Fragen zur Rehabilitierung, zur Entschädigung und zu Versorgungsleistungen bei gesundheitlichen Folgeschäden. Teilweise werden auch psychosoziale Beratung und Informationen zur Einsicht in die unterschiedlichen Archive angeboten.
- Alle Landesbeauftragten haben zudem auch einen Härtefallfonds⁴, bei denen in der SBZ und DDR politisch Verfolgte (als anerkannt Rehabilitierte des Bundeslandes) materielle Unterstützungsleistungen (z. B. medizinische oder Mobilitätshilfen) beantragen können, wenn sie sich in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden.
- Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, Telefon: 030 / 24 07 92 – 41/42 ; info@aufarbeitung-berlin.de, <https://www.aufarbeitung-berlin.de/>
 - Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Tel.: 03 31 / 23 72 92, aufarbeitung@lakd.brandenburg.de, www.aufarbeitung.brandenburg.de
 - Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin, Tel.: (03 85) 73 40 – 06; post@lamv.mv-re-gierung.de, www.landesbeauftragter.de
 - Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Devrientstraße 1, 01067 Dresden, Tel.: (03 51) 4 93 37 00; LASD@slt.sachsen.de, <https://lasd.landtag.sachsen.de>
 - Der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schleiniufer 12, 39104 Magdeburg, Telefon: 03 91 / 5 60 15 01; info@lza.lt.sachsen-anhalt.de, [https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/](https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de)
 - Der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Telefon: 0361 / 573114 – 951; info@thla.thueringen.de, <https://thla.thueringen.de/1>
- **Dachverband „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“, Berlin** Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin, Telefon: 030 / 55 77 93 – 51, info@uokg.de, www.uokg.de
 - **Zuständigkeit:** bundesweit zuständiger Dachverband von über 30 Vereinen, Initiativen und Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
 - **Angebot:** persönliche 1. psychosoziale, 2. soziale und 3. juristische Einzelfallberatung sowie die 4. Beratung für Betroffene von Zwangsaufnahmen und ehemalige Heimkinde durch ein Beraterteam für alle Gruppen politisch Verfolgter der SED-Diktatur; Kontaktherstellung und Vermittlung zu allen Einzelverbänden und Initiativen (u. a. auch für ehemalige DDR-Geflüchtete inklusive Rentenproblematik, verfolgte Schülerinnen und Schüler oder für Vermögensgeschädigte)

⁴ Zum 1. Juli 2025 traten die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Verbesserungen in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen in Kraft. Damit verbunden ist auch die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR auf der Grundlage einer von der SED-Opferbeauftragten zu erlassenden Richtlinie. Für die Gewährung dieser neu geschaffenen Unterstützungsleistung ist die Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte (StepV) zuständig: s. S. 3. Damit bestehen ab Herbst 2025 auf Antrag ebenso Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort.

- **Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e. V.**
Bis Ende 2025: Uhlandstraße 120, 10717 Berlin Telefon: 030 / 2655 238 - 0; h.diederich@vos-ev.de; dann Geschäftsstelle: Am Mühlenkamp 11 a, 40489 Düsseldorf, Telefon: 0173 – 5919312, vos-berlin@vos-ev.de, www.vos-ev.de sowie ebenfalls steinforth@gmail.com (Toralf Steinforth, neuer Bundesvorsitzender der VOS e. V.)
 - Zuständigkeit: bundeweit zuständiger (ältester Opfer-)Verband der ehemaligen Insassen und Insassen sowjetischer Lager und Kriegsgefangener und politischer Häftlinge der DDR
 - Angebot: Betreuung und Vernetzung ehemaliger politischer Häftlinge sowie allgemeine Beratung bei Schäden aus politischer Verfolgung sowie zu den Ansprüchen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen durch die Bundesgeschäftsstelle und unterschiedlich aktive Bezirksgruppen und Landesverbände
- **Bürgerbüro e. V., Berlin**
Glockenstraße 8, 14163 Berlin, Telefon: 030 / 463 – 4806; info@buergerbuero-berlin.de, www.buergerbuero-berlin.de
 - Zuständigkeit: bundesweit tätiger Verein (vor allem ehemaliger Bürgerrechtlerinnen und -rechtler der ehemaligen DDR) zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
 - Angebot: bietet auch telefonische und persönliche (auch soziale) Beratung von Menschen, die unter Willkürakten des SED-Regimes fortlaufend zu leiden haben (u. a für Heimkinder und Opfer der DDR-Jugendhilfe, verfolgte Schüler und Schülerinnen, Kirchenangehörige, Oppositionelle des Regimes)
- **Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte (ehemals Stiftung für ehemalige politische Häftlinge), Bonn**
Menuhinstraße 6 10, 53113 Bonn, Telefon: 0228 / 3689 – 370; info@stepv.de, www.stepv.de
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständige Stiftung des öffentlichen Rechts, die der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Justiz und der SED-Opferbeauftragten untersteht; sie gewährt auf Antrag finanzielle Unterstützung⁵ für ehemalige politische Häftlinge, die weniger als 90 Tage rechtsstaatswidriger Freiheitsentziehung zu erleiden hatten (werden von der sog. Opferrente nicht erfasst), sowie für Hinterbliebene von ehemaligen politischen Häftlingen. Die Stiftung ist zusätzlich außerdem für die Gewährung von Unterstützungsleistungen aus dem bundesweiten Härtefallfonds zuständig. Antragsformulare und Informationen zu den Zugangskriterien finden sich ab November 2025 auf der Homepage der Stiftung.

⁵ Als spezifische Unterstützungsleistung bestand bis 2022 im ganzen Bundesgebiet zudem ein zeitlich befristetes Hilfesystem mit Anlaufstellen der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ (oft bei der Lebenshilfe), bei denen Menschen, die als Kinder und Jugendliche vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und die heute noch an Folgewirkungen leiden, sich für individuelle (auch soziale) Beratung und Entschädigungsleistungen melden und diese beantragen konnten. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Soziale-Entschaedigung/Stiftung-Anerkennung-und-Hilfe/stiftung-anerkennung-und-hilfe.html>

-
- Angebot: telefonische persönliche Beratung zur Antragsstellung bei der Stiftung
- b) Hilfsangebote (z. T. mit Beratung) für spezifische Betroffenengruppen:
- **Trauma-Beratungsstelle „Gegenwind“, Berlin**
Wilhelmshavener Str. 65, 10551 Berlin, Telefon: 030 / 3987 98 – 11, kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de, www.beratungsstelle-gegenwind.de
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbare Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur unter Leitung eines Psychologischen Psychotherapeuten (Opfer politischer Inhaftierung, psychischer Zersetzung, beruflicher Selbstständigkeit, Medikamentengabe, Zwangsaufnahme, Spezialheime, Angehörige von Religionsgemeinschaften oder Jugendsubkulturen; Angehörige)
 - Angebot: psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung; Malgruppe, traumasensibles Yoga; geeigneter Ansprechpartner bei Suche nach wohnortnaher psychosozialer, psychologischer und klinischer Angebote der Regelversorgung; Begleitung bei Anerkennungsverfahren auf Beschädigtenversorgung
 - **Doping-Opfer-Hilfe e. V., Berlin**
Normannenstraße 20, Haus 1, 10365 Berlin, Telefon: 030 / 8049 33 – 12, info@no-doping.org, www.no-doping.org
 - Zuständigkeit: bundesweit tätiger Verein für Geschädigte des organisierten Sports in Deutschland, insbesondere die Opfer des DDR-Staatsdopings
 - Angebot: Informationen, Beratung zur Bewältigung der oft schweren Lebenssituation und Unterstützung z. B. bei der Antragstellung auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung und auf weitere Leistungen oder bei der Behördensuche
 - **„UNSER HAUS“ – Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung, Berlin**
Pettenkoferstraße 32, 10247 Berlin, Telefon: 030 / 857 577 – 61, info@heimerfahrung.berlin, www.heimerfahrung.berlin
 - Zuständigkeit: bundesweit offener Treffpunkt und traumasensible Beratungsstelle für und von Menschen mit (BRD- und DDR-) Heimerfahrung
 - Angebot: auch telefonische Information und Beratung, Frauenselbsthilfegruppe, offenes Café, gemeinsame Aktivitäten wie malen und Sport
 - **Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V., Torgau**
Fischerdoerfchen 15, 04860 Torgau, Telefon: 03421 / 714203, info@jugendwerkhof-torgau.de, www.jugendwerkhof-torgau.de
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständiger Verein, der ehemalige DDR-Heimkinder unterstützt
 - Angebot: Hilfe bei der Recherche von Jugendhilfe-, Heim- und Sonderakten und persönliche Beratung zu Möglichkeiten der Rehabilitierung und Unterstützung bei der entsprechenden Antragstellung, begleitende Gesprächsangebote

- **Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e. V., Berlin**
c/o UOKG e.V., Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, info@verfolgtddrfrauen.de, www.verfolgtddrfrauen.de
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbarer Verein von Frauen, die in der SBZ und der SED-Diktatur staatlichen politischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren (vergessene Kinder, Zwangsarbeit, DDR-Frauengefängnisse, Langzeitfolgen); Partner und Kinder der Betroffenen sind willkommen
 - Angebot: Zeitzeugenarbeit, Vernetzung ehemaliger politisch verfolgter und inhaftierter Frauen in der DDR und ihrer Familien
- **Deutscher Verein Anti-D HCV-Geschädigter e. V., Wandlitz**
Schönerlinder Chaussee 4, 16348 Wandlitz, Telefon: 0176 – 24 56 20 59, info@anti-d-hcv-geschaedigte.de , <https://www.antidhilfe.de/>
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbarer Verein, der die Frauen, die 1978/79 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch das mit Hepatitis-Viren verseuchte Serum der Anti-D Immunprophylaxe, welches wissentlich in Umlauf gebracht wurde, geschädigt wurden, in den Blick nimmt
 - Angebot: beraterische Ansprachemöglichkeit für die betroffenen Frauen, Austausch von Informationen, gegenseitiger Hilfe und Ratschläge für die Betroffenen und deren Angehörigen im Arbeitsforum des Vereins
- **Zentrale Auskunfts- und Vermittlungsstelle Zwangsauslösung (ZAuV), Berlin**
DGZ-Ring 12, 13086 Berlin, Telefon: 030 / 187 030 14 – 22, Adopti-onDDR@badv.bund.de, https://www.zauv.bund.de/DE/Home/home_node.html
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständige Auskunftsstelle für Anliegen Betroffener (= Adoptierte, leibliche Eltern von Adoptierten, Adoptiveltern, sowie Geschwister oder sonstige Verwandte) von politisch motivierten Adoptionen in der DDR beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) Zentrale Auskunfts- und Vermittlungsstelle (ZAuV)
 - Angebot: bietet Betroffenen für die Einzelfälle Vermittlung an Hilfs- und Beratungsangebote auf Bundes- und Länderebene zur zielgerichteten Recherche und persönlichen Aufklärung
- **Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedelungen (AIZ), Berlin**
Asseburgpfad 18, 12557 Berlin, Telefon: 030 / 651 – 6972, pebennewitz@aol.com, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedelungen (AIZ) • UOKG
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbare Initiative für Betroffene und die Nachfahren von „Zwangsaussiedlungen“ in der DDR der so genannten Aktionen „Ungeziefer“ 1952 und „Festigung“ 1961
 - Angebot: Vernetzung der Betroffenen

c) Staatliche Ansprechpartner für Beratung (Weitervermittlung) in den westdeutschen Bundesländern:

- **Beratung beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung, Hannover**
Referat 61, Schiffgraben 12, 30159 Hannover, Telefon: 0511 / 120 – 4768, ab November 2025: manon.metzler@mi.niedersachsen.de, <https://www.mi.niedersachsen.de/hilfe-fuer-ddr-opfer-62991.html>
 - Zuständigkeit: ansprechbar für Opfer der DDR-Diktatur mit Wohnsitz in Niedersachsen
 - Angebot: Das Referat 61 koordiniert regelmäßig Beratungstage (mit persönlicher Beratung) für SED-Unrechtsbetroffene in einzelnen Städten in Niedersachsen in der Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt (Termine für die örtlichen Beratungstage werden auf der Internetseite aktualisiert) und erteilt allgemeine Auskünfte zur Antragsstellungen und arbeitet mit dem Niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer (mail@hartmut-buettner.de) zusammen.
- **Der Beauftragte der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Düsseldorf**
Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf, Telefon: 0211 / 896 – 4840, heiko.hendriks@mkw.nrw.de, <https://www.mkw.nrw/landesbeirat>
 - Zuständigkeit: ist mit Themen und NRW-Betroffenenvertretungen von Flüchtlingen aus der damaligen DDR befasst
 - Angebot: leitet als Ansprechpartner Anliegen von SED-Unrechtsbetroffenen innerhalb von NRW (nach Möglichkeit) an geeignete Stellen weiter; AKTUELL: Am 15. November 2024 findet ein erster Pilot-Beratungstag in Kooperation mit dem Berliner Landesbeauftragten in Düsseldorf im Gerhart-Hauptmann Haus von 10.00 bis 15.00 Uhr statt.
- **Zentrale Anlaufstelle beim Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 61, Gießen**
Landesversorgungsamt, Abteilung VI, Neuen Bäue 2, 35390 Gießen, Telefon: 0641 / 30 3 27 – 24, thorsten.jakob@rpgi.hessen.de
 - Zuständigkeit: regierungsbezirksweit zuständige (Beratungs-)Stelle für die Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen
 - Angebot: Hilfestellung bzw. Weiterleitung an die zuständigen Stellen beim Antragsverfahren (sensibilisierte Mitarbeitende), Vermittlung an landkreisweite Traumaambulanz, (hessenweiter) Einsatz spezifisch geschulter Gutachterin in Antragsverfahren zur Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden; bei Wohnsitz außerhalb des RP Gießen Weitervermittlung an die zuständigen Stellen in den beiden weiteren hessischen Regierungsbezirken

d) Weitere Stellen:

- **Mitarbeit beim „Koordinierenden Zeitzeugenbüro“, Berlin**
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße 66, 13055 Berlin,
Tel.: 030 / 98 60 82 – 414, info@ddr-zeitzeuge.de, www.ddr-zeitzeuge.de
- Zuständigkeit: bundesweit tätiges (vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien der Bundesrepublik Deutschland finanziertes) Büro für DDR-Diktatur-Zeitzeugen als gemeinsame Servicestelle der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Stiftung Berliner Mauer und der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- **Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 – 37893, vorzimmer.opfb@bundestag.de, www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte
- Zuständigkeit: übergeordnete Bündelung von Anliegen, Bedürfnissen und Bedarfen Betroffener von SED-Unrecht und Einbringung in die Bundespolitik, Rechtsaufsicht auf die Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte; keine Beratung zu konkreten Ansprüchen oder Verfahren Betroffener
- Angebot: Keine Einzelfallberatung, Zusammenarbeit mit allen Institutionen der Aufarbeitungslandschaft, Weitervermittlung an geeignete (Beratungs-)Stellen, Beratung des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und anderer öffentlicher Einrichtungen in den Angelegenheiten der Opfer der SBZ und SED-Diktatur



www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte